



Mediendienst

16.04.2021

5,3 Prozent mehr Geld für Baubeschäftigte gefordert

Bundestarifkommission der IG BAU stellt Forderungen für Verhandlungen auf / Entschädigung für Wegezeiten

Frankfurt am Main – Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert 5,3 Prozent mehr Lohn und Gehalt für die rund 890.000 Beschäftigten im Bauhauptgewerbe. Zudem soll das Modell für die Entschädigung der Wegezeiten, also der langen und meist unbezahlten Fahrten zur Baustelle, weiterentwickelt werden. Auch die Löhne, die im Osten von Deutschland bezahlt werden, müssen nach den Vorstellungen der Gewerkschaft den Westeinkommen angeglichen werden. Dieses Forderungspaket hat die Bundestarifkommission nach intensiver Diskussion heute mit großer Mehrheit aufgestellt.

Mit 143 Milliarden Euro hat die Bauwirtschaft im vergangenen Jahr eine Umsatzsteigerung von sechs Prozent erzielt, das sind zudem 77 Prozent mehr als vor zehn Jahren. Und die Kurve nach oben wird immer steiler: Laut Ifo-Geschäftsklimaindex vom vergangenen Monat ist für das Bauhauptgewerbe insgesamt mit einem Plus von 2,3 Prozent zu rechnen, dem höchsten Wert seit einem Jahr. „Von der allgemeinen Corona-Krise ist im Bausektor nichts, aber auch gar nichts zu spüren. Da ist es nur recht und billig, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter auch ein Plus auf ihrem Lohnzettel sehen“, sagt IG-BAU-Vorstandsmitglied und Verhandlungsführer Carsten Burckhardt. „Der Bau ist eine zentrale Stütze der Konjunktur, er ist Job-Motor und erlebt seit mehr als zehn Jahren einen beispiellosen Boom. Damit das so bleibt, müssen die, die diesen Boom tragen, auch entsprechend entlohnt werden.“

Nachdem im vergangenen Jahr auch ein Einstieg in die Entschädigung der Wegezeiten erreicht wurde, soll dieses Modell nun ausgebaut werden. „Die Anfahrtswege der Bau-Beschäftigten sind oftmals lang und wechseln ständig, je nach Einsatzort. Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben überhaupt keinen Einfluss darauf, wo der Chef sie hinschickt. Deshalb müssen auch die Fahrten zur Arbeitsstelle entschädigt werden“, erklärt Burckhardt. Schließlich sollten auch die Ostlöhne denen im Westen nach bald 31 Jahren Deutscher Einheit endlich angeglichen werden.

Die erste Verhandlungsrunde mit den Arbeitgebern ist am 11. Mai 2021.